

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 16/114)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 09.05.2008

**Auf der Grundlage des Reformvertrags von Lissabon: Bürgerinnen und Bürger für Europa begeistern - Wahlbeteiligung verbessern**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/114

Der Landtag hat in seiner 7. Sitzung am 09.05.2008 folgende EntschlieÙung angenommen:

**Auf der Grundlage des Reformvertrags von Lissabon: Bürgerinnen und Bürger für Europa begeistern - Wahlbeteiligung verbessern**

- I. Am 13. Dezember 2007 haben die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Der Vertrag stellt die Europäische Union auf eine neue zukunftsfähige Rechtsgrundlage.

Der Landtag begrüÙt, dass der Reformvertrag insbesondere die Rechte des Europäischen Parlaments stärkt und damit zu mehr Demokratie, Bürgernähe, Transparenz und regionaler Teilhabe beiträgt:

- Das Mitentscheidungsverfahren wird zum Regelverfahren bei der EU-Rechtsetzung; das Europäische Parlament wird dadurch in weiten Bereichen zum gleichberechtigten „Mitgesetzgeber“ neben dem Ministerrat.
- Die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments werden erweitert und seine Mitwirkungsrechte gestärkt.
- Künftig wird das Europäische Parlament nach einem Vorschlag des Europäischen Rates den Präsidenten der Europäischen Kommission wählen.

Darüber hinaus begrüÙt der Landtag folgende Verbesserungen durch den Vertrag von Lissabon:

- Stärkung der nationalen Parlamente (Bundestag und Bundesrat) durch das Subsidiaritäts-Frühwarnsystem und Klagerecht der nationalen Parlamente sowie des Ausschusses der Regionen beim EuGH bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip,
- Verbesserung der Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten und Klarstellung, dass alle der EU nicht übertragenen Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten verbleiben,
- Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und deren jeweiliger politischer und verfassungsrechtlicher Struktur einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung,
- Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta,
- Einführung eines Bürgerbegehrens und dadurch mehr direkte Mitspracherechte für Europas Bürgerinnen und Bürger, die mit einer Million Unterschriften die Kommission zur Vorlage von Rechtsetzungsvorschlägen auffordern können,

- Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Deutschland den Vertrag von Lissabon zügig ratifiziert, und begrüßt in diesem Zusammenhang auch die bereits erfolgte Billigung des Zustimmungsgesetzes zum Vertrag von Lissabon durch den Deutschen Bundestag. Gleichzeitig bittet er die Landesregierung, im Rahmen ihrer Kontakte zu anderen Mitgliedstaaten für eine zügige Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten möglichst bis zum 1. Januar 2009 zu werben.

- II. Im Juni 2009 werden zum siebten Mal die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Wahlberechtigt sind knapp 375 Mio. Wählerinnen und Wähler in 27 Mitgliedstaaten. Grundlage der Wahlen ist bereits der neue Vertrag von Lissabon.

Die Beschlüsse und sonstigen Aktivitäten des durch den Vertrag von Lissabon gestärkten Europäischen Parlaments werden bei den anderen EU-Organen, in den anderen Mitgliedstaaten und insbesondere bei den Bürgerinnen und Bürgern nur auf Akzeptanz stoßen, wenn sie hinreichend legitimiert sind. Eine möglichst hohe Wahlbeteiligung in allen Mitgliedstaaten würde dies eindrucksvoll unterstreichen.

Der Landtag nimmt allerdings mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Wahlbeteiligung seit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 europaweit von 63 % kontinuierlich auf zuletzt 45 % im Jahr 2004 abgesunken ist. In Deutschland ist die Wahlbeteiligung in dem genannten Zeitraum von 65 % auf 43 % gesunken. Der Landtag ist der festen Überzeugung, dass alle demokratischen Kräfte in Deutschland aufgerufen sind, diesen Trend zu stoppen und für eine höhere Wahlbeteiligung einzutreten.

Daher wird der Landtag im Frühjahr 2009 fraktionsübergreifend und unter Wahrung des Neutralitätsgebotes für eine Beteiligung an den Europawahlen 2009 werben.

- Er wird, wie schon zu den Europawahlen 2004, alle Wahlberechtigten in Niedersachsen durch eine Entschließung zur Teilnahme an den Europawahlen 2009 aufrufen.
- Er wird den Tag der offenen Tür des Landtages im Frühjahr 2009 thematisch auch auf die Europawahlen 2009 ausrichten und konkret über Tätigkeit und Bedeutung des Europäischen Parlaments unterrichten.
- Die Abgeordneten aller Fraktionen werden sich auch im Frühjahr 2009 wieder aktiv am „Projekttag an Schulen“ sowie weiteren Projekten (u. a. Bürgerforen) beteiligen.

Der Landtag bittet die Landesregierung

- um Aktionsvorschläge, die auf eine Analyse der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament unter Berücksichtigung des Datenmaterials des Eurobarometers der Wahlen 2004 sowie aktuelle Umfragen der Europäischen Kommission aufbauen,
- ihre Öffentlichkeitsarbeit und die geplanten Projekte und Veranstaltungen insbesondere des Europäischen Informationszentrums in der ersten Jahreshälfte 2009 unter Wahrung des Neutralitätsgebotes verstärkt auf das Thema „Europawahlen 2009“ auszurichten und hierfür auch zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen; die Multiplikatorenwirkung der maßgeblichen Gruppen der Zivilgesellschaft und ihrer Repräsentanten soll dabei besondere Berücksichtigung finden,
- im Rahmen der Europaministerkonferenz der Länder Maßnahmen auf dem Gebiet der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die Europawahlen 2009 abzustimmen,
- mit der Bundesregierung gemeinsame Maßnahmen auf dem Gebiet der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu den Europawahlen 2009 anzustreben,
- eine Intensivierung der Berichterstattung über europapolitische Themen durch die regionalen Medien im Vorfeld der Europawahlen zu unterstützen,

- sich auch gegenüber den europäischen Institutionen für eine angemessene Beteiligung der Länder und eine abgestimmte Vorgehensweise bei der Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Europawahlen 2009 einzusetzen.